

# Inhalt

Unser Konzept: Humaner Fortschritt, ökologische Erneuerung und Vollbeschäftigung				
Ausgangslage		;		
1.	Den Europäischen Binnenmarkt verwirklichen			
2.	Die nationalen Chancen umfassend nutzen			
3.	Sofortprogramm gegen Massenarbeitslosigkelt verwirklichen			
5. 6.	. Unsere Volkswirtschaft ökologisch erneuern Private und öffentliche Investitionen stärken Die privaten und öffentlichen Dienstleistungen ausbauen Arbeits- und Gesundheitsschutz Die Strukturpolitik neu orientieren Die Menschen für die Arbeitswelt der Zukunft qualifizieren Die solidarische Arbeitszeitpolitik fortsetzen Die Bedeutung der Gewerkschaften Die aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen und den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit solidarisch finanzieren			
			8.	
				11.
2.				
3.			Ökologische und industriepolitische Erneuerung durch eine Reform des Finanz- und Steuersystems in der Bundesrepublik Dautschland – Voraussetzung für eine aktive Beschäftigungspolitik	9
ina			inz- und Steuerpolitik	
•			Ziele sozialdemokratischer Finanz- und Steuerpolitik	10
.1.	Sicherung der staatlichen Aufgaben			
.2.	Verteilungsgerechtigkeit			
.3.	Steverung der wirtschaftlichen Entwicklung			

# Unser Konzept: Humaner Fortschritt, ökologische Erneuerung und Vollbeschäftigung

# Ausgungslage

Die wirtschaftliche lage der Bundesrepublik Deutschland ist unverändert labil, die Investitionstätigkeit bleibt zu schwach; das Arbeitsvollumen ninnzt nur geringfügig zu; die Massenarbeitslosigkeit ist unverändert hoch, die ökologi sche Kries spitzt sich zu.

Die in der Bundesrepublik in den letzten Jahren verfolgte Wirtschaftspolitik der rücksichtslosen Einkommensumverteitung zu Lasten der Arbeitnehmer, des Rückzuges des Staates aus der Verantwortung für den Arbeitsmarkt, der ökologischen Leisetreterei gegenüber der Wirtschaft und der Hoffung ouf Selbstheilung des Marktes ist völlig gescheitert. Trotz drastisch gestiegener Unternehmensgewinne blieb der angekündigte Investitionsboom und der Abbau der Arbeitslosischeit aus.

Von 75% im Jahre 1982 auf nur noch knapp 67% im Jahre 1987 ist der Anteil der Masseneinkommen am Volkseinkommen gedrückt worden. Von einem Viertel auf ein Drittel des gesomten Volkseinkommens ist demgegenüber der Anteil des Einkommens aus Unternehmerteltigkeit und Vermögen gestiegen. Nie zuvor wurde in so kurzer Zeit so rücksichtstos zulösten der Arbeitnehmer unwerteilt. Aber nur ein Teil der gewaltig gestiegenen Gewinne wurde für Sachinvestitionen zur Schaffung von Arbeitsplötzen im Inland verwendet.

Stattdessen erlebten wir Rekorde bei der Geldvermögensbildung der Unternehmen und beim Kopitalexport. Wo investiert wurde, beherrschten Rationaltsierungsinvestitionen eindeutig das Feldt. Als Ergebnis dieser Politik hat sich die Massenarbeitslosigkeit im Abhresdurchschnit bei 23. Million nen registrierten und mehr als 1 Million nicht registrierten Arbeitslosen verfestigt.

Die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt hat sich durch das Beschäftigungsförderungsgeselz weiter dramatisch verschlechtert: Frauen zählen aufgrund der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung zu den Rationalisierungsvertilererinnen. Sie sind durch traditionelle Doppelbeustung und Familienstrukturen gehindert, chancengleich mit Männarn am Wirtschaftssachehen teilzunehmen.

Die Frauenerwerbsorbeitsquote ist in der Bundesrepublik – verglichen mit anderen europäischen Staaten – recht niedrig. Dies wird nicht so bleiben.

Auch die internationale Lage ist unsicher, ja sogar bescrgniserregend: die internationalen Finanzmärkte sind außer Kontrolle geraten; die Ungleichgewichte im Handelsverkehr sind geblieben; die Länder der Dritten Welt verharren im Schuldturm.

Die Ergebnisse hoben die prinzipielle Kritik bestätigt, die Soziäldemokratie und Gewerkschaften seit langem und immer wieder an der Struktur und dem Funktionieren der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik geübt haben.

Die SPD wendet sich mit Entschiedenheit gegen die konservative Legende, daß vor allem der Sozialstaat oder die Lohnkosten oder die Tarifpolitik der Gewerkschaft, für wirtschaftliche Fehlentwicklungen und Massenarbeitslosigkeit verantwortlich seien.

Auf dem Nürnberger Parteitag vom 25. bis 29. August 1986 hat die SPD zukunthsweisende Beschlüsse zur Wirtschaftsund Beschäftigungspolitik gefaßt. Sie haben nach wie vor Gültigkeit. Die SPD bekraftigt deshalb auf ihrem Parteitag in Münster das. Nürnberger Aktrionspragramm: Massenrbeitslosigkeit überwinden – Die Wirtschaft okologisch und sozial ernauern".

Die Ausführungen des Nürnberger Beschlusses über die Wertorientierung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik und die ordnungspolitischen Vorstellungen zu Möglichkeiten und Grenzen des Marktes bleiben für uns weiterhin richtungsweisend. Unsere Nürnberger Beschlüsse zur Demokratisierung der Wirtschaft auf gesomtwirtschaftlicher, auf Unternehmensebene, im Batrieb und am Arbeitsplatz bekrältigen wir ausfürklich, in Ihrer Durchsetzung sehen wir einen zentrolen Beitrag für eine beschäftigungsorientierte Modernisierung unserer Wirtschaftsordnung.

In den zwei Jahren Arbeit seit dem Nürnberger Aktionsprogramm haben sich jedoch auch neue Aufgaben ergeben, die neue Antworten verlangen.

# 1. Den Europäischen Binnenmarkt verwirklichen

Wir Sozialdemokraten wollen den gemeinsamen europöischen Markt. Wir wollen eine freies, demokratisches, ökonomisch leistungsfähiges Europa der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität.

Wir Sozialdemakraten werden allerdings keine Europäische Gemeinschaft fördern, die sich nur eine reine Wirtschaftsund Währungsunion zum Ziel selzt. Die Gestaltung eines Europäischen Sozialraums muß als gleichrangiges Ziel hinzurteten. Dis bedeutet: Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte, dazu die Normen des Umweltschutzes sind schriftweise auf das Niveau der am meisten entwickelten lander Europas anzuheben. Eine Harmonisierung der Sozial-, Mitbestimmungs-, Umwelt- und Verbraucherrechte auf niedrigem Standard bedeute: Nivellierung nach unten, die wir nicht akzeiteren.

Die Europäische Gemeinschaft muß ihren Beitrag zu einer verstärkten weltwirtschaftlichen Kooperation zwischen Industriel und Entwicklungsländern andererseits mit dem Ziel leisten,

- die Entwicklungschancen der Dritten Welt zu verbessern,
- die massiven Handelsbilanzungleichgewichte und
- protektionistische Handelsbeschränkungen abzubauen.

Sozialdemakratische Wirtschaftspolitik will die Vorteile des Standortes Bundesrepublik Deutschland nutzen und fortentwickeln, den Strukturvandel und die Innovationsfähigkeit stärken und bessere Voraussetzungen für eine sozial und unweltverträgliche Wirtschaftsentvicklung schaffen.

Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes muß als Chance zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit genutzt werden. Dies kann erreicht werden, wenn eine koordinierte Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft verwirklicht wird.

Mit einer Verstärkung der Wachstumskrötte in den Mittelmeerregionen durch ein Aktionsprogramm Südeuröpa, das ökologische Schäden vermeider, uni mit einer gemeinsamen Anstrengung zur Verbesserung der Infrastruktur, zur Star-

Bilanz konservativer Stever- und Finanzpolitik

kung der Wirtschaftskraft in alten Industrieregianen, insbesondere auch verstärkte Anstrengungen für den Umweltschutz in den nördlichen Regionen der Gemeinschaft konn eine neue Dynamik zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung in Gang gebracht werden.

Mit einer gemeinsamen europäischen Politik wollen wir ein Gegengewicht zum Dollar schaffen. Wir unterstützen deshalb den Weg zu einer Europäischen Währungsunion und lordern eine unobhängige Europäische Zentrolbank, die gleichermaßen den Zielen von Stabilität und Vollbeschäftigung verpflichtet ist.

# 2. Die nationalen Chancen umfassend nutzen

Die deutsche Volkswirtschaft, die ständig hohe Leistungsbilanzüberschüsse erzielt, kann neue Märkte nicht mehr vorwiegend im Ausland suchen, sondern muß auch und vor allem im Land selbst zur Morkterweiterung beitragen. Die Bundesrepublik lebt mit der derzeitigen Regierung – wie Helmut Schmidt es formuliert hat – unter ihren Verhältnissen. Sie bremst durch Drosselung der Nachfrage die nationalen und internationalen Wachstumskräfte und verschlechert damit zugleich die Chancen für den notwendigen Struktunden, Nach nie lag der Anteil der Investitionen – der öffentlichen wie der privaten – so niedrig wie heute.

Ziel sozialdemokralischer Wirtschaftspalitik ist as, neben der Sicherung des Wohlstandes durch Erneuerung der Wirtschaft und durch Solidarität in der Gesellschaft alle Möglichkeiten zur Bekämpfung der Mossenarbeitslosigkeit und zur ökolagischen Erneuerung der Volkswirtschaft zu nutzen. Die Steigerung der Investitioner im privaten und öffentlichen Sektor, in Sackkapital sowie die Verbesserung der beruflichen Gualifizierung der Menschen einerseits sowie mehr Solidarität aller durch Umverteilung von Arbeit und Einkommen andererseits sind kein Gegensatz, sondern die sozialdemokratische Alternative zum Nichtstun der Konservativen und Wirtschoftsliberalen in der Beschäftigungspolitik

Die Bundesregierung und die sie tragenden Forteien haben in der Wirtschaftspolitik versagt. Sie haben aem Selbstlaut des wirtschaftlichen Prozesses vertraut und eine Angebotspolitik betrieben, deren ganze Weisheit in der Umverteilung von unten nach oben bestand und besteht.

Wir Sozialdemokraten wollen einen handlungsfähigen Staat, der seine Gestaltungsaufgabe akzeptiert und erfüllt. Dazu müssen die vorhandenen exekuitiven und legislativen Instrumente intelligent und koordiniert eingesetzt und ausgebaut werden. Wir akzeptieren den kritischen Einwand, daß zuviel Bürakratie in Wirtschaft und Verwaltung Aktivitäten behindert oder sogar jähnt. Wir werden deshalb überprüfen, ob und wie staatliche Entscheidungs- und Verwaltungsabläufe vereinfacht und effektiver gemacht werden können, ohne bei den Zielen und Standards staatlicher Politik Abstriche zu machen. Eine Deregulierung, die den Menschen Sicherheit und Schutz nimmt und sie zu bloßen Obekten von betriebs- und volkswirtschaftlichen Strategien macht, lehnen wir ab.

Unsere Gesamtstrategie für Vollbeschäftigung durch Erneuerung und Solidarität umfaßt:

 Das Sofortprogramm gegen Massenarbeitslosigkeit umsetzen

- Unsere Volkswirtschaft ökologisch erneuern
- Private und öffentliche Investitionen stärken
- Die privaten und öffentlichen Dienstleistungen ausbauen
- Die Strukturpolitik neu orientieren
- Die Menschen für die Arbeitswelt der Zukunft qualifizieren
- Die solidarische Arbeitszeitpolitik fortsetzen
- Die aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen
- Den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit solidarisch finanzieren

Bei allen Sofortprogrammen, bei den Maßnahmen zur Strukturpolitik, bei der Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik und beim Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen findet die Verwirklichung der Chancengleichheit für Frauen besondere Beachtuna.

# 3. Sofortprogramm gegen Massenarbeitslosigkeit verwirklichen

Es gibt Wege zu mehr Arbeit, Sie zu öffnen erfordert vor allem, doß sich Stoat und Gesellschaft, alle sozialen Gruppen und politischen Institutionen dem Vollbeschöftigungsziel-wieder verpflichten. Die Bundesregierung muß alle staatlischen Ebenen, die Deutsche Bundesbank, die Arbeitgeber, die Freiberufler, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in die Verantwortung für die Bekömpfung der Arbeitslosigkeit einbeziehen. Notwendig ist ein Solidarpakt gegen die Massenarbeitslosigkeit.

Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist ein Sofortprogramm nötig. Es muß Schluß sein damit, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur langfristigen Aufgabe zu erklären. Unser Sofortprogramm enthält folgende Elemente:

- (1) Verwirklichung des Sondervermögens "Arbeit und Umwelt"
- 12) Steuerliche Maßnohmen zur Stärkung der Nachfrage einkommensschwacher Gruppen, zur Steigerung privater und öffentlicher Investitionen sowie zur Verbesserung der Finanzloge der Gebietskörperschaften
- (3) Zukunftsinitiative Montanregionen Zukunftsprogramm Küste
- (4) Initiativen zur Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase, Schaffung qualifizierter Frauenarbeitsplätze, das derzeitige Beschäftigungsförderungsgesetz ist abzuschaffen.
- (5) Zusätzliche Mittel für Städtebauförderung und Dorferneuerung, Wohnungsbau, Wohnungsmodernisierung, Energiesparen und Verkehrssanierung
- 16) Aufstacken und Vorziehen öffentlicher Investitionen
- Entlastungen der Gemeinden von Kosten für Sozialhilfeleistungen
- (8) Einführung einer steuerstundenden Investitionsrücklage

Unser Sofortprogramm muß in eine Finanz- und Steuerpcsitik eingebettet werden, die die finanzielle Handlungsfähigkeit von Bund, ländern und Gemeinden dauerhaft sichert und mehr Verteilungsgerechtigkeit schaft. Spitzenverdiener

sind durch einen steuerlichen Solidorbeitrag an der Finanzierung der großen Zukunftsoufgaben angemessen zu beteiligen. Die Steueränderungen der Bundesregierung sind unsozial, da sie vornehmlich die Spitzenwerdlener begünstigen, zudem sind sie verantwortungslos, da sie die Gebietskörperschaften bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit handlunasunfähia machen.

# 4. Unsere Volkswirtschaft ökologisch erneuern

Wir brouchen einen neuen Aufbruch in der Volkswirtschaft, der mit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und der Eingliederung in die Weltwirtschaft in den Jahren danach vergleichbor ist.

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung werden qualitative Verbesserungen nur erreicht, wenn der Staat einen eindeutigen gesetzlichen Rahmen schaftt, der die Bedingungen für die Inanspruchnahme von Natur und Umwelt in Form von Auflagen, Abgoben, Geboten und Verboten und Umweltverträglichkeitsprüfungen lestlegt. Die ökologische Erneuerung verlangt hohe Investitionen, sie erschließt neue Investitionsfelder, schafft neue Märkte und Arbeitsplätze. Private und öffentliche Investitionen in die ökologische Erneuerung müssen konsequent gefördert, Altlasten besetitigt und die Abfallwirtschaft weiterentwickelt werden.

Eine Politik, die konsequente Umweltauflagen und die Förderung der Investitionstätigkeit verbindet, kann einen qualitativen Erneuerungsprozeß auslösen, der die Wirtschaft in neue Dimensionen führt. Wir brauchen eine Orientierung auf qualitativen Konsum, der in Herstellung und Nutzung von Konsumgütern und Dienstleistungen die Umwelt so gering wie möglich belastet. Wir brauchen eine umweltfreundliche und gesundheitsvorsorgende Chemie, bei der durch investitionen in alternative Produktionen gefährliche Stoffe ersetzt werden. Der Ausstieg aus der Kernenergie schafft große Investitionschangen. Wir brauchen eine konsequente Politik des Energiesparens. Wir brauchen den Aufbruch in eine Sonneneneraie- und die solare Wasserstoffeneraiewirtschaft. Wir brauchen ein neues Verkehrssystem, das die Vorteile des Individual- und des Gemeinschaftsverkehrs, von Straße und Schiene, sinnvoll miteinander verbindet und das dem Schutz der Umwelt Rechnung trägt.

All dies ist überfällig und schafft z:sätzliche Arbeit. All dies führt in neue Investitionsfelder und so zu neuem qualitativem Wachstum.

# 5. Private und öffentliche investitionen stärken

Innovation und Strukturanpassung sind die ureigensten Aufgeben der Unternehmen. Es ir vor alle, in ihre Aufgabe, neue Märkte zu erschließen, Innovationen voranzuhreiben und die Anpassung an veränderte Bedingungen vorzunehmen. All dies erfordert Investitionen der privaten Wirtschaft. Die Steigerung der Investitionen der privaten Wirtschaft bei Wirtschaftstandortes Bundesreublik.

Geld und Kapital gibt es genug, aber es wird zuwenig in Sachinvestitionen umgesetzt. Deshalb müssen Steuersystem und Förderungspolitik des Staates so umgestaltet werden, daß aktive Unternehmen und unternehmenfische Aktivität und Leistung fördern. Wir wollen unternehmerische Aktivität und Leistung fördern. Wir werden nicht Kapital an sich beg ginstigen, sondern seine Verwendung für Sachinvestitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze fördern. Die Teile des Gewinns, die für die Investitionen verwendet werden, soll-

ten steuerlich entlastet werden. Ein erster Schritt dazu ist die Einführung einer steuerstundenden Investitionsrücklage.

Soll die ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft gelingen und die Arbeitslosigkeit obgebaut werden, muß wieder deutlich mehr investiert werden. Die damit notwendige Förderung der Sachkopitalbildung darf aber nicht erneut – wie in den fünziger und sechziger Johren – zur Konzentration des Produktivvermögens in den Händen weniger führen. Deshalb werden wir die Förderung der Investitionstatigkeit in der Wirtschaft mit der Förderung der Produktivvermogensbildung in Arbeitnehmerhand verbinden. Die Verbosserung der Eigenkopitalousstatlung der Unternehmen muß mit einer Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmen muß mit einer Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmen hand in Hand gehen. Dazu sind vor allem Tariffands der geeignete Weg. Das ist – zusammen mit der Ausweitung der Mitbestimmung – auch ein Beitrag zur Demokratisierung der Mitschaft.

Die notwendige Investitionsoffensive für qualitatives Wachstum verlangt auch mehr öffentliche Investition an. Diese müssen zur Erhaltung und Modernisierung unserer Infrastruktur beitragen, zur Verbesserung der Umwelt führen und den wirtschaftlichen Strukturwandel fördern. Wir Sozialdemokraten treten deshalb für Zukunftsprogramme für die Montanregionen und für die Küste durch zusätzliche Finanzhilfen des Bundes ein. Wir wollen zusätzliche Mittel für Städtebauförderung und Dorferneuerung, für die Modernisierung und das Energiesparen sowie den Wohnungsbau bereitstellen. Wir wollen unser Verkehrssystem ökologisch und human modernisieren und die Entwicklung von umweltschonenden Schnellbahn- und Bussystemen vorantreiben. Wir wollen die Leistungsfähigkeit und Modernität der Informations- und Kommunikationsversorgung durch die Deutsche Bundespost stärken.

Der notwendige Ausbau der öffentlichen Investitionen und stärkere staatliche Anstöße für private Investitionen setzen voraus, daß der finanzielle Handlungsspielraum der öffentlichen Hände erweitert wird. Zur Finanzierung der Investitionsoffensive ist es notwendig, auf ungerechte und unsoziale Steuersankungen zu verzichten.

# Die privaten und öffentlichen Dienstleistungen ausbauen

Unsere Lebensqualität hängt nicht allein von der Menge der konsumierten Güter und dem Unfang der materiellen Infrastruktur ab, sondern ebenso von Dienstleistungen. Der Produktivitätsfartschritt im industriellen Sekt or hat Spielraum geschaffen, um neue Bedurfnisse im Dienstleistungsbereich zu befriedigen. Entscheidend ist vor allem das Angebot an humanen und kulturellen Dienstleistungen. Eine Starkung des Dienstleistungsbereiches durch Innovationen in den Bereichen Kultur, Bildung, Weiterbildung, Gesundheitsvorsorge, Pflege und soziale Dienste kann einen erheblichen Beitrag zur Lösung des Beschäftigungsproblems leisten.

Gerade der Ausbau von Ganztagskindergärten, -krippen, -horten und Schulen ermöglicht erst die Vereinbarkeit von Beruf und Famille für Frauen und Männer. Ohne diese Infrastrukturverbesserung ist jedes Programm für Chancengleichheit nur Sonntaossede.

Das Beispiel Schwedens zeigt, daß auch andere gesellschaftliche Prioritalen in einer Industriegesellschaft möglich sind und damit Arbeitslosigkeit zu einem beträchtlichen Teil vermieden werden kann. Zur fühlbaren Vermehrung der Arbeitsplatze bei den Dienstleistungen im öffentlichen Bereich bräuchen wir auch eine Verbesserung der Gemeindefinanzen, gerechtere und solidarische Gehaltsstrukturen und mehr Beweglichkeit im öffentlichen Dienst.

Als sozialdemokratische Arbeitgeber müssen wir deutlich machen, daß wir das weitere Auseinanderentwickeln der Einkommen im öffentlichen Dienst nicht wöllen. Wir unterstützen daher die Gewerkschaften des öffentlichen Dienste bei ihrer Tarifpolitik, die auch schon in der Vergangenheit über das Aushandeln von Sockelbeträgen bei Lohnerhöhungen die Einkommensschere zwischen den niedrigen und den hohen Besoldungsgruppen im öffentlichen Dienst zu schließen versucht hat. Tarifpolitisch muß dieser Weg in der Zukunft weiterentwickelt werden. Es muß narer Aufgabe sein, das Öffnen der Einkommensschere zwischen den niedrigen und den hohen Besoldungsgruppen im öffentlichen Dienst in Zukunft zu verhindern.

Sozialdemokraten stehen als Arbeitgeber im Öffentlichen Dienst vor der Aufgabe, das Ziel, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, selbst in die Tarifverhandlungen einzubringen.

# 7. Arbeits- und Gesundheitsschutz

Sozialdemokrotische Politik sieht Arbeit nicht nur unter Kosten- und Leistungsgesichtspunkten. Für sie ist menschengerechte Arbeit erst dann verwirklicht, wenn die Unversehrtheit der Person gewährleistet ist und die Entfeitung der Persöhlichkeit im Arbeitsprozelb gefördert wird.

# - Programm Arbeits- und Gesundheitsschutz

Die gesellschaftlichen Kosten nicht menschengerecht gestalteter Arbeit sind nach wie vor unvertretbar hoch. So mußten allein 1986 im gewerblichen Bereich jährlich für die Arbeitsunfälle rund 3,74 Milliarden DM aufgewendet werden; für anerkannte Berufskrankheiten 1,29 Milliarden DM - Behandlungskosten von über 2 Milliarden DM sind dabei noch nicht mitgerechnet. Für arbeitsbedingte Erkrankungen wie Herz-Kreislauf, Wirbelsäulen- und Magen-Darmerkrankungen sowie bösartige Neubildungen (u. a Karzinome), die in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenammen haben, müssen nach Sachverständigenschätzungen jährlich weitere 20 bis 30 Milliarden DM in Rechnung gestellt werden. Die Kosten belasten die Betroffenen, die außer der individuellen Folgen auch Einkommenseinbußen erleiden, die Unternehmen (erhöhte Personal- und Personalnebenkosten), die Versichertengemeinschaft und die Steuerzahler. Durch die Entwicklung und Einführung neuer Techniken, Verfahren und Stoffe in Landwirtschaft, Produktion und Dienstleistungen treten weitere neugrtige Risiken auf.

Die Entstehung dieser Risiken ist vielschichtig, ihre Erfassung ist schwierig, die Moßankmen zu deren Bekämpfung sind sehr komplex. Deswegen müssen die terhnischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Lösungsansötze integriert werden. Einzelne Unternehmen, Verbönde und auch der einzelne Beschäftigte sind überfordert, wirksame Lösungen zu ermitteln und durchzusetzen.

Angesichts dieser Situation muß der Staat tätig werden. Gezielt eingesetzte Forschungs- und Entwicklungsprogramme sowie gezielte Unterstützungen der Institution des Arbeitsschutzes können beispielhaft vorzeigen, wie eine Senkung der Kosten und eine Verminderung der gesundheitllichen Risiken erreicht werden konn. Ein gezieltes staalliches Fragramm zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, das innerhalb von 10 Jahren mit jährlich 100 Millionen DM ausgestattet ist, kann hierzu entscheidende Impulse geben und zugleich den Bedarf an Investitionen konkretisieren, die zur Gestaltung menschengerechter Arbeitsplätze notwendig sind.

# 8. Die Strukturpolitik neu orientieren

Wir nehmen den Verfassungsauftrag, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Teilräumen der Bundesrepublik zu sichern und zu schaffen, ernst. Dieses Verfassungsgebot ist nach wie vor ein unverzichtbarer Bestandteil unseres politischen und gesellschaftlichen Selbstverständnisses. Wir lehnen die passive Sanierung der strukturschwachen Regionen ab. Es ist aber auch volkswirtschaftlich unsinnig, wenn strukturschwache ländliche Regionen und traditionelle Industriegebiete veröden, während gleichzeitig die Ausdehnung anderer Ballungsgebiete zunehmend ökologische und ökonomische Kosten verursacht. Es ist volkswirtschaftlich weit billiger, die notwendigen Mittel zur Förderung einer neuen Dynamik in strukturschwachen Regionen bereitzustellen, als die Gesellschaft mit den progressiv wachsenden Sozialund Umweltkasten einer weiteren Zusammenballung in den strukturstarken Regionen zu belasten.

Bund und Länder müssen einen Handlungsrahmen setzen, mit dem die erforderlichen finanziellen und politischen Voraussetzungen gegeben werden, um dezentral und kooperativ regionale Wirtschaftspolitik betreiben zu können.

In unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann der Staat aber nicht die alleinige Verantwortung für die Entwicklung in den Regionen tragen. Dies hat vor allem zwei Gründe.

- Die jeweilige regionale Ausgangssituation ist tratz ähnlither Probleme (wie eis eich etwa im Abbau von Arbeitsplätzen und in der Höhe vor Arbeitslosenguaten äußern) von Stadt zu Stadt und von Region zu Region unterschiedlich. Eine regionale Wirtschaftspolitik kann daher nicht einem einzigen Entwicklungsmodell folgen, sondern muß sich auf diese besonderen Störken und Schwächen einstellen und daraus auch spezilische Ansätze ableiten und umsetzen.
- Der Staat (Bund/Länder/Gemeindem) ist zwar Träger wirtschafts- und strukturpolitischen Handelns, jedoch steht er als wirtschaftspolitischer Akteur im regionalen Strukturwandel nicht allein da. Vielmehr wird die regionale Entwicklung von einer Vielzahl von Gruppen, Institutionen und Einrichtungen bestimmi, die weitgehend autonom und selbstverantwortlich handeln und antscheiden (Unternehmen, Kreditinstitute, Verbände, Gewerkschaften, Universitäten, Arbeitsverwaltung, Kammern).

Daraus folgt, daß sich die regionale Wirtschaftspolitik auf zwei Prinzipien beziehen muß: Die Dezentralisierung und die Kooperation.

In den Mittelpunkt einer regionalen Strategie muß die Mobilisierung eigener Kräfte treten. Diese Mobilisierung eigener Kräfte – nicht die Hoffung auf Import von Inpulsen – muß Schwerpunkt regionaler Wirtschaftspolitik sein.

Mit Dezentralisierung ist gemeint, daß strukturpolitische Konzepte auf der lokalen und regionalen Ebene selbst entstehen und umgesetzt werden müssen. Mit dieser Dezentralisierung ist eine stärkere Teilhabe der Betroffenen am Umbau regionaler und lokaler Wirtschaftsstukturen verbunden.

Mit Kooperation ist gemeint, daß angesichts der Vielzahl von Beteiligten und Verantwortlichen wichtige Entscheidungen in Kooperation, in einer Verantwortungsgemeinschaft aller Träger der regionalen Wirtschaftsentwicklung gefällt werden sollen. Dabei geht es nicht allein darum, die örtliche Erfahrung und Sachkenntnis für die regionale und lokale Wirtschaftspolitik zu mobilisieren, sondern auch um die Abstimmung des jeweiligen Handelns und die Konzentration

der Maßnahmen auf das vorrangige Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Eine dezentrale Kooperation darf nicht auf Einzelfalle beschränkt bleiben, sondern muß in fest verabredeten Formen institutionalisiert werden. Auch die Politik muß institutionelle Innovationen hervorbringen (z.B. Regionalkonferenzen, institutionalisierte oder informelle Gesprächskreise, Clearingstellen, Informations- und Kontaktvermittlungsstellen). Solche Formen haben sich in einzelnen Teilbereichen der regionalen Wirtschaftspolitik - wie bei Technologiepolitik oder in der beruflichen Qualifikation - bereits bewährt; sie müssen nun angesichts großer strukturpolitischer Herausforderungen zu einer allgemeinen Form der Zusammenarbeit von privaten und öffentlicher Trägern weiterentwickelt werden. Vorstellungen zu "reigionalen Entwicklungsgesellschaften" unter maßgebliche: Beteiligung von Unternehmen und Gewerkschaften, in denen strukturpolitische Überlegunaen im Konsens der Beteiligten erarbeitet und umgesetzt werden, weisen hier in die richtige Richtung. Wir fordern auf, sie schrittweise auf- und auszubauen.

Die von den Gewarkschaften entwickelten Konzepte der regionalen Beschäftigungsgesellschaften und der betrieblichen Beschäftigungsplane können einen wesentlichen Beitrag zu dieser Neuorientierung der Regional- und Strukturadlitk leisten.

# Die Menschen für die Arbeitswelt der Zukunft gualifizieren

Unsere Politik zielt neben der direkten Förderung der Investitionen in Sachkapital vor allem auf die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Menschen.

Wissen und Erfahrung, Intelligenz und Initiative, Leistungsbereitschaft, Leistungsvermögen und Arbeitsfreude der Beschäftigten müssen systematisch gefördert werden, sie dürfen nicht länger in großem Maßstab vergeudet, behindert oder beschädigt werden. Qualifizierte Arbeit ist die wichtigste Ressource der rohstoffarmen Bundesrepublik, Deswegen ist es schon heute nicht nur fahrlässig und ungerecht. sondern auch ökonomisch unverantwortlich, daß Unternehmen junge Menschen und weibliche Beschäftigte nicht qualifiziert genug ausbilden und sich der Weiterqualifizierung ihrer Beschäftigten nur dann annehmen, wenn die Kosten dafür von der öffentlichen Hand getragen werden. Die Verantwortung für qualifizierte Arbeitskräfte tragen Privatwirtschaft, öffentlicher Dienst und Staat gemeinsam. Wenn wir die Anstrengungen für Fort- und Weiterbildung und für Neuauglifizierung kürzen statt aufstocken, verspielen wir Zukunftschancen unserer Wirtschaft. Dies gilt um so mehr in einer Zeit, in der sich die technologische Entwicklung in gewaltigen Sprüngen vollzieht und das technische Wissen sehr viel schneller als früher veraltet. Es ist daher eine vorrangige, nicht nur bildungspolitische, sondern auch ökonomische Aufgabe, die Menschen auf diese Entwicklung vorzubereiten und sie in den Stand zu versetzen, mit ihr Schritt zu halten.

Nötig ist ein beständiger, gleichermaßen an Arbeitgeberwie Arbeitnehmerinteressen orientierter betrieblicher und überbetrieblicher Quolifizierungsprozeß. Insbesondere im Interesse von kleinen und mittleren Betrieben, die sich aus Kostengründen betriebliche Quolifizierungsmaßnahmen nicht leisten können, müssen im Baukastenprinzip Qualifizierungs-Dienstleistungen angeboten werden: von leistungsich higen Betrieben, von Bildungschrichtungen und Hochschulen, von Handwerkstammern, Gewerkschaften und Industrieund Handelskammern. Trotz hoher Arbeitslosigkeir herrscht heute – vor allem in wirtschaftsstarken Ballungsgebieten – in manchen Berufen ein Mangel an fachlich qualifizierten Arbeitskraften. Deshalb ist Qualifizierung auch ein entscheidendes Instrument im Kompf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Es kommt einer Bankrotterklarung der derzeitigen Bundesregierung gleich, wenn sie die Mittel für die vor einigen Jahren groß ongekundigte Qualifizierungsoffensive zwischenzeitlich wegen des Finanzengpasses bei der Bundesansteit für Arbeit drastisch zusammenstreicht. Die hierdurch hervorgerufene Stop-and-go-Palifik ist gerade in Anbetracht der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der Qualifizierung fatzl.

Die freiere Gestaltung der Arbeitszeit muß den Arbeitnehmern mehr Möglichkeit zur Weiterbildung bieten. Auch längere Freistellungen mit dem Recht auf Wiedereinstellung müssen hierfür endlich möglich werden. Der Gesetzgeber muß in einem Rahmengesetz die Freistellung bei Qualifizierungsmaßnahmen regeln. Die berufliche Weiterbildung muß Teil einer vorausschauenden Personal- und Ausbildungspolitik in Betrieben und Verwaltungen sein. Wenn betriebliche und überbetriebliche Ausbildung nicht während der normalen Arbeitszeit am Arbeitsort stattfindet, sind Kinderbetreuungsmöglichkeiten anzubieten. Das Recht auf Arbeit und das Recht auf Weiterbildung können in "Sabbatjahren" aufeinander bezogen werden. Bestehende Bildungsurlaubsgesetze sind in Richtung eines umfassenden Qualifizierungsanaebates weiterzuentwickeln und in allen Bundeslandern einzuführen.

#### 10. Die solidarische Arbeitszeitpolitik fortsetzen

Wir begrüßen die beeindruckenden Erfolge der Gewerkschaften, die in den Tarifwerhandlungen der letzten Jahre gegen den mossiven Widerstand der Arbeitgeber und gegen die unverantwortliche Polemik des Bundeskanzlers durchgesetzt wurden. Ohne Arbeitszeitverkurzung wören heute Hunderttausende von Menschen zusätzlich arbeitslos.

Für uns Sozialdemakraten ist Arbeitszeitverkürzung seit langem ein Mittel zur Verhinderung von Arbeitslösigkeit. Es muß jetzt noch stärker zu einem Instrument zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit werden. Die SPD fordert daher die Arbeitgeberverbände auf, ihren Widerstand gegen Arbeitszeitverkürzungen aufzugeben.

Die SPD tritt ein für

- eine allgemeine Verkürzung der wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit ohne Einkommensminderung, wobei die Verkürzung der Arbeitszeit auch differenziert geregelt werden kann;
- die Verlängerung der Geltungsdauer des Varruhestandsgesetzes und seine bessere materielle Ausgestaltung;
- die konsequente Zurückführung der Zahl der Überstunden, u.a. durch ein neues Arbeitszeitgesetz;
- eine umfassende Palitik zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt;
- mehr Wahlmoglichkeiten und hierdurch eine individuellere Gestaltung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer bei entsprechender sozialer und arbeitsrechtlicher Absicherung;
- Möglichkeiten zur Verbindung von Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildungsmaßnahmen.

Wir müssen scharf zwischen der Verkürzung der Arbeitszeit im Rohmen des jöhrlich zur Verfügung stehenden Verteilungsspielraums einerseits und der Umverteilung von Arbeit und Einkommen andererseits unterscheiden.

Bedeutung und gegenseitiges Verhältnis von Erwerbsarbeit und Familienarbeit muß überdacht werden und es muß von herkömmlicher Rollenzuteilung an Mann und Frau Abschied genommen werden.

Im Rohmen einer gemeinsamen Initiative aller Verantwortlichen appellieren Sozialdemokraten an Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, auch über große Schritte der Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln.

Der jährlich zur Verfügung stehende Verteilungsspielraum, der angesichts der massiv stattgefundenen Umverteilung zugunsten der Gewinne nicht auf die Produktivitätszuwachsrate reduziert werden kann, kann für Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen oder eine Kombination aus diesen genutzt werden. Die Verteilungsspielräume der Tarifpolitik sind in den letzten Jahren verstärkt für Arbeitszeitverkürzung genutzt worden. Das hat Arbeit für Hundertlausende gesichert und neue Arbeit geschaffen. Damit haben die im Arbeitsleben Stehenden einen wichtigen Solidarbeitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet. Wir treten dalür ein, diese solidarische Lohn- und Gehaltspolitik fortzusetzen. In welchem Umfang Löhne und Gehälter in Kombination mit Arbeitszeitverkürzung erhöht werden, kann nach Einkommensgruppen diflerenziert beantwortet werden. Höhere Einkommensgruppen können einen Solidarbeitrag eher tragen als untere Einkommensgruppen.

Immer häufiger wollen Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit freier wählen bzw. Teilzeitarbeit leisten. Wird diesen Wünschen mehr entsprochen, kann eine zusätzliche freiwillige Arbeitszeitverkürzung erreicht werden. Dies setzt allerdings voraus, daß durch tarifvertragliche und gesetzliche Regelungen eine vollwertige Absicherung von Teilzeitbeschäftigten gewährleistet wird. Sozialdemokraten wollen zusätzliche Wahlmöglichkeiten zwischen Arbeit, Freizeit und Bildung eröffnen. Auch um die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt zu erreichen, muß es neben Arbeitszeitverkürzungen für alle darauf ankommen, durch eine freiere Arbeitszeitgestaltung für Frauen und Männer Erwerbsarbeit und Familienleben besser miteinander zu verbinden. Unabhängig davon bleibt die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 30 Stunden und die Einführung des 6-Stunden-Normalarbeitstages ein wichtiges langfristiges Ziel.

Gerade weil wir eine soziol obgesicherte freiere Arbeitszeitwahl wollen, lehnen wir die von Konservativen und Wirtschaftsliberalen propagierte fle-ibilisierung ab. Sie hat das Ziel, Arbeitgeberrisiken dem Arbeitnehmer aufzubürden und die Menschen unbeschränkt, einsetzbar und zum Zubehör der Anlagen und Moschinen zu machen. Diese Flexibilisierung bedeutet einen Rückfall in das 19. Jahrhundert. Freiere Arbeitszeitwahl erfordert allerdings entsprechende gesellschaftliche und institutionelle Voraussetzungen, ohne die sie nicht umfassend verwirklicht werden konn.

# 11. Die Bedeutung der Gewerkschaften

Für uns Sozialdemokraten ist klar:

Unsere Vorstellungen zur Beschäftigungs-, Arbeitszeit- und Qualifizierungspolitik sind nur mit Erfolg zu verwirklichen, wenn starke Gewerkschaften die Interessen der Erwerbstä-

tigen und Arbeitsuchenden absichern und wir in Abstimmung mit den Gewerkschaften handeln können.

Die Volksportei SPD und die Gewerkschaften als Organischion der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben auch in Zukunlf Garanten für einen guten Weg zu einer demokratischen und sozialen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie müssen in den zentrollen Fragen gemeinsom handeln.

Das gilt besonders im Hinblick auf die gerechtere Verteilung von Arbeit und Einkommen. Größere Wahlfreiheit bei der individuellen Arbeitszeit setzt starke Gewerkschaften voraus. Nur sie können verhindern, daß bei der Differenzierung der Arbeitszeit die persönlichen Interessen denjenigen der Unternehmen untergeordnet werden.

Es gilt in gleicher Weise für den von uns gewollten Vorstoß in der Quolifizierungspolitik. Gerade solche offensiven Qualifikationsmaßnahmen verlangen, wenn sie wirksom werden sollen, von starken Gewerkschaften ausgehandelle Rohmenvereinbarungen.

Mehr Entscheidungsfreiheit in der Arbeitswell bedeutet eine Erweilerung der Verantwortung in einem komplexeren Geflecht von Regelungen. Der Arbeitnehmer muß daher um so mehr auf die Unterstützung durch seine Interessenvertretung rechnen können.

Die Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften und Betriebsräte bei der Kontrolle der Leistungsanforderungen und der Verteilung der Arbeitszeit im Interesse der Beschäftigten sind auszubauen.

Außerdem tritt die SPD für die Rücknahme der Novellierung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz, die die Durchselzungsfähigkeit der Gewerkschaften schwächen sollte, ein. Darüber hinaus sind die Streikrechte der Areitnehmer zu stärken. Für die Ächtung der Aussperrung treten wir nach wie vor ein.

#### Die aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen und den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit solidarisch finanzieren

Wir werden auch die nächsten Jahre nicht ohne öffentlich geförderte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zurechtkommen, Mil besonderem Vorrang müssen folgende Maßnahmen ausgebaut werden:

- Die Arbeitsf\u00fcrderung mu\u00e8 st\u00f6rker regionalisiert werden. Den Regionen mit besonders hohen \u00e4rbeitslasenquoten ist gezieller zu helfen durch eine verst\u00e4rkte F\u00f6rderung von Forlbildung und Umschulung sowie einen Ausbau der Arbeitsbeschaftlungsmoßnahmen.
- Der öffentlich geförderte Arbeitsmarkt muß zu einem langtristig angelegten Konzept der aktiven Arbeitsmarktpolitik erweitert werden. Dazu ist der Ausbau der kulturellen und sozialen Dienste und der sozialen infrastruktur und der Ausbau der orbeitsmarktpolitischen Moßonhmen im Bereich des Umwelt- und Landschaftsschutzes, der Wohnraumsanierung und der Energieelinsparung notwendig. Besonders wichtig ist es, die öffentlichen Förderprogramme mittelfristig anzulegen. Nur eine längere förderung ermöglicht es, die Betroffenen auch zu qualifizieren und ihnen eine Beschäftigungsperspektive ohne öffentliche Förderung uröffnen. Hier kann die notwendige Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen ergänzt werden.

- Die Entscheidung Arbeitsloser, sich selbständig zu machen, muß zusätzlich zur Gewährung eines Überbrükkungsgeldes, z. B. durch Kapitalisierung von Ansprüchen auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe unterstützt und gefördert werden.
- In der Absicht, in selbstverwalteten Wirtschaftsformen dem Arbeitslosenschicksal zu entgehen, sehen wir einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Beschäftigungskrise. Die selbstverwaltete Wirtschaft verdient eine wirksame F\u00f6rderung im Rahmen des \u00e4FG durch angepo\u00e4te Gr\u00fcndungskredite und Beratungshilfen.

Der Kampf gegen die Massenarbeitslasigkeit kann nur erfolgreich geführt werden, wenn wir bereit sind, auf staallicher Ebnea ausreichende Mittel bereitzustellen. Heute brouchen die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre Arbeitsplätze. Heute wollen immer mehr Frauen am Erwerbsleben teilnehmen. Wir brauchen deshalb heute einen Schub für die Eingliederung von jüngeren Menschen und Frauen in das Arbeitsleben. Aus diesem Grunde halten wir Solidarbeiträge von denjenigen, die heute genügend Einkommen erzielen, zugunsten der nächsten Generation für notwendig und zumulbor.

Wir fordern, die Finanzierung der Bundesanstalt für Arbeit auf eine sichere Grundlage zu stellen, indem der Bundesanstalt aus dem Haushalt des Bundes ein Zuschuß für besonders wichtige arbeitsmarktpolitische Aktivitäten gezahlt und indem eine Arbeitsmarktogobe erhoben wird, durch die sich alle Erwerbstätigen an der Finanzierung der Bundesanstalt beteilligen.

# Ökologische und industriepolitische Erneuerung durch eine Reform des Finanzund Steuersystems in der Bundesrepublik Deutschland – Voraussetzung für eine aktive Beschäftigungspolitik

Die wirtschaftspolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt durch eine im Prinzip hohe volkswirtschaftliche Leistungskraft. Zugleich verschärft sich aber die ükologische Krise rapid und gefährdet nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen und die meschliche Gesundheit, sondern wird auch immer stärker zu einer Hypothek für die weitere ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik.

Die erforderliche ökologische und industriepolitische Erneuerung ist nur bei einer Reform des finanz- und Steuersystems in der Bundesrepublik erreichbar. Es geht um den Aufbuu einer neuen sozialen und ökologischen Wirtschaftsordnung, in der sich Umweltschutz nicht auf die nachträgliche Reparatur von Schäden reduziert, sondern zur betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit und zum Eigeninteresse des Verbrauchers wird.

Der Parteivorstand wird daher beauftragt, ein Reformkonzept des Steuer- und Finanzsystems zu erarbeiten, wobei insbesondere die folgenden Kriterien zu berücksichtigen sind:

 Der Aufbau einer ökologisch orientierten Wirtschaftsordnung darf nicht in erster Linie über eine erhähte Staatsverschuldung linanziert werden, sondern erfordert die Konsequente Anwendung des Verursacherprinzips in allen Bereichen. – Zur Stärkung umwellbewußten Verbraucherverhaltens bedarf es der ökologischen Differenzierung von Verbrauchsteuern. Umwellfreundliche Produkte sind gezielzu begünstigen, umweltschädliche werden durch erhöhte Verbrauchsteuern belastel. Bei Beibehaltung der Kohlevorrangpolitik ist insbesondere der Verbrauch nicht erneuerbarer Eneraleirägen stürker zu besteuern.

Diese beabsichtigte ökologische Steuerung darf oher nicht zu einer erhöhten Gesamtbelastung für kleine und mittlere Einkommen führen. Im Rahmen einer Korrektur des von der Bundesregierung durchgesetzten Steuerpakets muß daher das zur Erhältung der öffentlichen Investitionsfähigkeit reduzierte Gesamtvolumen der Entlastung auf die Verringerung der Belastung bei kleinen und mittleren Einkommen konzentriert werden. Eine starkere Erhöhung des Grundfreibetrogs ist deshalb wesentlicher Bestandteil einer Neugestaltung des Erikommensteuertarifs.

- Neben den Steuerentlastungen soll ein Teil des Steueraufkommens aus dem Energieverbrauch und das vorübergehende Aufkommen aus den Schadstoffabgaben dem Sondervermögen. Arbeit und Umwelt' zugeführt werden und eine umweltpolitische Investitions- und Beschäftigungsoffensive eingassetzt werden. Vorrangig sollen mit diesen zusätzlichen Mitteln technologische Innovationen auf cem Gebiet des Umweltschutzes gefordert werden. Dabei sollen vor allem Markteinführungshilfen für regenerative Energiequellen, insbesondere zur Nutzung der Solarsnergie finanziert werden.
- Bei der Harmonisierung der europäischen Abgaben- und Steuerpolitik werden wir darauf drängen, daß die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die Einfuhrung eines gezielten Systems von Schadstoffabgaben und ökologisch differenzierter Verbrauchssteuern so geändert werden, daß die Vermeidung von Umweltbelostung und der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen zur betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit wird. Nur dann wird in marktwirtschaftlicher Konkurrenz auch im einzelnen Botrieb umweltvertrögliches Produzieren lohnender als Noturbelostung bzw. -zersforung.
- Die industriepalitische Erneuerung in der Bundesrepublik Deutschland macht auch eine Reform der Unternehmensbesteuerung notwendig. Deren Ziel muß es sein, die Verwendung von Gewinnen für Investitionen in die Sicherung und Schaftnag von Arbeitsplatzen zu beginstigen und die nicht in Produktivkapital investierten Gewinne so zu belasten, daß die Gesentwirkung auf die affentlichen Haushalte außkommensneutral ist.

Die wirtschaftliche Zukunft unseres landes gründet sich auf Unternehmen mit Risikobereitschaft – vor allem auf aktive Unternehmen von die und mittere Unternehmen – "auf ein leistungsfähiges Handwerk, auf gut ausgebildete und verantwortungsbewußte Arbeitnehmer, auf starke Gewerkschaften und auf einen handlungsfäligen Staat. Zukunft hat unsere Gesellschaft aber nur dann, wenn sie eine soziale und ökologische Wirtschaftsordung entwickelt, in der das Verhalten von Produzenten und Könsumenten sich aus Eigenitäteresse von vornherein an der Erhaltung der natürlichen Grundlagen orientiert.

Fortschritt ist machbar - wir machen ihn menschlich.



# Finanz- und Steuerpolitik

# Ziele sozialdemokratischer Finanz- und Steuerpolitik

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Finanz- und Steuerpolitik, die sich an den Zukunftsaufgaben der Gesellschaft orientiert.

- Wir wollen, daß die finanzielle Handlungsfähigkeit von Bund, l\u00e4ndern und Gemeinden wieder dauerhaft gesichert wird.
- Wir wollen durch ein sozial gerechtes Steuersystem Verteilungsgerechtigkeit erreichen.
- Wir wollen über Einnahmen und Ausgaben die wirtschaftliche Entwicklung f\u00f6rdern und ihr eine \u00f6kologisch sinnvolle Richtung auf h\u00f6herem technischen Niveau geben.

# 1.1. Sicherung der staatlichen Aufgaben

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, doß sich den armen Staat un die Reichen leisten können. Deshalb wollen wir einen leistungs- und handlungsfähigen Staat. Viele Waren und Dienstleistungen, die für die Versorgung der Menschen sehr wichtig sind, lossen sich nicht auf Märkten handeln. Dies gilt insbesondere für die Infrastruktur und soziale Dienstleistungen.

Konservative Finanzpolitik geht von der Annahme aus, daß private Ausgaben grundsätzlich besser seien als öffentliche Ausgaben. Sie senkt die Steuern, damit die Privaten mehr ausgeben können und dem Stoat die Mittel für Ausgaben fehlen. Sie will den armen Stoat.

Der Staat Bundesrepublik wird bereits jetzt der Aufgabe nicht mehr gerecht, seine Infrastruktur zu erneuern. Denn ökologische und soziale Erneuerung erfordert:

- die rationelle Energieverwendung sowie die Nutzung erneuerbarer Energiequellen;
- die Gewährleistung der Abfall- und Sondermüllentsorgung;
- ein schienengebundenes Fernschnellverkehrsnetz:
- die Aufbereitung von Industriebrachen;
- eine innovative Infrastruktur für neue Unternehmen:
- die Ermittlung von neuem Wissen durch Forschung und die Weitergabe neuen Wissens in Hochschulen, Schulen, Aus- und Weiterbildung;
- die Erneuerung der Städte und die Modernisierung der Wohnungen.

Die Erneuerung und Modernisierung der Infrastruktur verlangt Investillionen. Sie müssen finanzierbar sein. Ein leistungs- und handlungsfähiger Staat braucht darüber hinaus auch die finanziellen Mittel, um Menschen beschäftigen zu können, die soziale Dienstleistungen erbringen.

# 1.2. Vertellungsgerechtligkeit

Verteilungsgerechtigkeit ist ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik. Jeder muß nach seiner, leistungsfähigkeit am Steueraufkommen beteiligt werden. Die finanzielle Entlostung der Familien muß für alle gleich sein: Die Kinder der Reichen dürfen dem Stoat incht mehr wert sein als die Kinder der Armen. Verteilungsgerechtigkeit ist ein wesentlicher Bestandfeil sozialdemokratischer Politik, und nicht allein eine Aufaabe der Tarifloartner.

# 1.3. Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung

Wir wollen die Steuer- und Ausgabenpolitik auch als 'nstrument der wirtschaftlichen Steuerung nutzen. Dies gilt:

- für die Reaktion auf kurzfristige Nachfrageschwankungen;
- -- für die Beeinflussung der langfristigen Wirtschaftsentwicklung und
- für die ökonomische und ökologische Erneverung der Wirtschaftsstruktur.

## 2. Bilanz konservativer Steuer- und Finanzpolitik

Inzwischen wurde von der Bonner Regierungskoalition eine neue Lage geschaffen, die bei Überlegungen für die Künftige Steuerpolitik der SPD berücksichtigt werden muß: Seit Juli 1988 ist das Steuerpaket 1990 aeltendes Recht.

Die Ergebnisse konservativer Finanz- und Steuerpolitik

- Die Nettoverschuldung des Bundes konnte nur mit Hilfe der Milliordengewinne der Deutschen Bundesbank (von 1983 bis 1987 insgesamt mehr als 55 Mrd. DMV begrenzt werden. Jetzt, da die Gewinne ausbleiben, die 2. Stufe der Steuerreform zu Steuermindereinnahmen lührt und höhere Beiträge an die EG zu leisten sind, steuert der Bund auf einen Rekord bei der Kreditaufnahme hin, ohne doß davon positive Beschäftigungsimpulse ausgehen.
- Bund, Länder und Gemeinden werden durch Steuersenkung der Mittel beraubt, die sie benötigen, um die Infrastruktur für eine bessere Bewältigung der Zukunft zu schaffen. Der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben war noch nie so niedrig wie heute. Der Staat ist schon jetzt nur noch beädrigt handlungsfähr.
- Die Gemeinden sind zudem durch die Folgekosten der Mossenarbeitslosigkeit und die Abdrängung von Arbeitslosen in die Sozialhilfe stark belastet. Da der strukturelle Wandel in altindustrialisierten Regionen einen besonders hohen Erneuerungsbedorf erzeugt, aber gerade dort bei den Kommunen zu zusätzlicher, Einnahmeverlusten führt, nehmen die Ungerechtigkeiten in der Finanzausstattung von Städten und Gemeinden zu.
- Die Steuerpolitik führt zu einer Unwerteilung von unten noch oben – wall die Steue, zurife ungerechter werden (Beispiele sind die Senkung des Spitzenstüjersorlzes, die Einführung des Kinderfreibeirages und die Senkung der Vermögensteuer) und die Bezieher von Eransfereinkommen über die Erhöhung von Verbrauchssteuern ebenfalls zur Finanzierung herangezogen werden.

Dieses Steuerpaket stößt auf den entschiedenen Widerstand der SPD. Denn das Steuerpaket 1990 ist ungerecht und familienfeindlich, wirtschaftspolitisch verfehlt und nicht solide finanziert, zudem fehlt jede ökologische Orientierung. Es überfordert die öffentlichen Haushalte und zerüttet die Staatsfinanzen, Massive Steuer- und Abgabenerhöhungen sind die Folge. Dieser Kaufkraftentzug ist Gift für die Konjunktur und kostet Arbeitsplätze. Deshalb brauchen wir eine Kurskorrektur in der Steuerpolitik. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, für den nächsten ordentlichen Parteitag st. SPD ein öktologisch orientiertes Reformkonzept, Solide Finanzen, gerechte Steuern' für die 90er Jahre zu erarbeiten und rechtzeitig vor dem Grundsotzprogramm-Parteitag einen Zwischenbericht vorzuleaen.

∷Massangeber: Vorstend der SPO, Referet Öffentlichkeitsorbeit, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1 : ∰wiste Ceurir-Druck GmbH, Königswinterer Straße 115, 5300 Bonn 3 — 9-88 — A1 — 20 — Bestell-Nr. 200 324

# Weitere Informationen:

Politik Nr. 7: Unser Konzept: Humaner Fortschritt, ökologische Erneuerung und Vollbeschäftigung Beschluß zur Wirtschafts- und Finanzpolitik Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988 Bestell-Nr. 200 324, Preis: 40 Pf Politik Nr. 8: Die Zukunft sozial gestalten - Sozialpolitisches Programm der SPD Beschluß zur Sozialpolitik Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988 Bestell-Nr. 200334, Preis: 70 Pf Politik Nr. 9: Auf dem Weg zur umweltverträglichen Industriegesellschaft Beschluß zur Umweltpolitik Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988 Bestell-Nr. 200344, Preis: 30 Pf Politik Nr. 10: Frieden und Abrüstung in Europa Beschluß zur Friedens- und Ahrüstungspolitik Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988 Bestel?-Nr. 200354, Preis: 25 Pf Politik Nr. 11: Der europäische Sozialraum Beschluß zur Europapolitik Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988 Bestell-Nr.200364, Preis: 20 Pf Leitlinien sozialdemokratischer Nord-Süd-Politik Beschluß zur Nord-Süd-Politik Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988 Bestell-Nr. 200 374, Preis: 25 Pf Politik Nr. 13: Eine Partei ohne Jugend ist eine Partei ohne Zukunft Beschluß zur Jugendpolitik Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988 Bestell-Nr. 200334, Preis: 25 Pf Politik Nr. 14: Kunst und Kultur sind Ausdruck des schöpferischen Reichtums unserer Gesellschaft Beschluß zur Kulturpolitik Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988 Bestell-Nr. 200394, Preis: 20 Pf Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft Bericht der PV-Kommission 'Energie- und Umweltpolitik''. Bestell-Nr. 320824, Preis: 3,- DM Besterlung gegen Voreinsendung, Lastschrift oder Nachnahme des Betrague

Vorstand der SPD, Referat Produktion und Vertrieb, Postfach 2280, 5300 Bd